



## Ergebnisse und Forderungen des soziopolitischen Fachgesprächs am 10.08.2021:

### **Für eine Stärkung der Schwangerschafts(konflikt)beratung in Berlin und eine bessere Versorgung von Schwangeren in Not**

Die Schwangeren(konflikt)beratungsstellen nehmen eine bedeutsame Funktion für Ratsuchende in allen Fragen der Sexualaufklärung, der Familienplanung sowie in allen die Schwangerschaft betreffenden Fragen ein. In der Pandemie waren sie teilweise die einzigen Anlaufstellen für Schwangere in Not, da Jobcenter, Bürgerämter und Ausländerbehörde nicht erreichbar waren. Die Schwangerensozialberatung wurde dadurch komplexer und zeitintensiver. Die Ratsuchenden zeigten zudem eine erhöhte psychische Belastung durch z.B. verstärkte Konflikte in der familiären/partnerschaftlichen Situation. In der Pandemie konnten Angebote der sexuellen Bildung an den Schulen nicht durchgeführt werden. Hier war bereits vor der Krise die Nachfrage teils doppelt so hoch wie das Angebot. Diese Präventionsmaßnahmen sind dringend notwendig, um Teenagerschwangerschaften zu verhindern und müssen ausgebaut werden. Eine positive Auswirkung der Pandemie ist, dass die Schwangeren(konflikt)beratungen erstmals Hilfesuchende per Telefon und Video beraten durften – auch im Schwangerschaftskonflikt (§219 StGB). Die neuen Beratungsformate sollen als Ergänzung zur persönlichen Beratung beibehalten werden.

Aus diesem Grund fand am 10.08.2021 auf Einladung der Verbände ein sozialpolitisches Fachgespräch statt, an dem sich neben den Beratungsstellen, die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung auch die familien- bzw. gesundheitspolitischen Sprecherinnen der Abgeordnetenhausfraktionen der SPD, LINKE, GRÜNE und FDP beteiligt haben.

#### **Nach der akuten Krise müssen die Auswirkungen der Pandemie bewältigt werden.**

Berlin weist eine besondere soziale Struktur auf: erhöhter Prozentsatz an Alleinerziehenden, Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, Bezieher:innen von ALG II, Analphabet:innen und Menschen mit Migrationshintergrund. Die Beratung von diesen Unterstützung suchenden Menschen ist besonders zeitintensiv und zudem zeigt sich bei den Hilfesuchenden eine erhöhte Belastung durch die Pandemie. Die bürokratischen Hindernisse sind sehr hoch. Seit in Kraft treten des Berliner Schwangerenberatungsstellengesetzes (SchwBG) im Jahr 2004 kamen neue Beratungsinhalte wie Vertrauliche Geburt, Pränataldiagnostik oder Beratung zum Elterngeld hinzu – ohne entsprechenden personellen Aufwuchs. Aufgrund der besonderen sozialen Struktur Berlins und der Zunahme der Beratungsinhalte ist eine Aufstockung des Personals über die Mindestvorgabe des Bundesgesetzes (SchKG) hinaus notwendig. Um das breite Themenspektrum und die vermehrt auftretenden tiefenpsychologische Problemlagen abzudecken, bedarf es zudem ein multiprofessionelles Beratungsteam.

#### **Ergebnisse des sozialpolitischen Fachgesprächs**

Bei den politischen Akteuren herrschte Einigkeit über die hohe Bedeutung und Qualität der Arbeit der Einrichtungen für Schwangere in Not. Ihre Arbeit soll gesichert werden. Folgende Punkte sind für



die Stärkung der Schwangerschafts(konflikt)beratung in Berlin und damit für eine bessere Versorgung von Schwangeren in Not zu ergreifen:

- **Haushalt deutlich anpassen:** Die Berliner Schwangeren(konflikt)beratungen erhalten aus einem festen Landesetat im Rahmen einer Fehlbedarfsfinanzierung eine Zuwendung, die die Beratungsstellen je nach Berliner Haushaltslage unterjährig anpassen (müssen). Eine Reduzierung der beantragten Zuwendungssumme wirkt sich aber unmittelbar auf das Personal der Einrichtung und das Beratungsangebot aus. Bereits um das derzeitige Versorgungsniveau zu sichern, bedarf es einer Erhöhung des aktuell vorgesehenen Etats. Die vorgesehene Steigerung von 2% deckt nicht auftretende Kostensteigerungen durch z.B. Mieterhöhungen, Personalkostensteigerungen, notwendige Umzüge. Die soziale Struktur Berlins macht darüber hinaus einen personellen Aufwuchs an Beratungsfachkräften erforderlich.
- **Multiprofessionalität ausbauen:** Um die komplexen Problemlagen der Hilfesuchenden professionell bewältigen zu können, bedarf es eines multiprofessionellen Beratungsteams.
- **Digitale Beratung beibehalten:** Die telefonische und digitale Beratung soll als Ergänzung beibehalten werden. Für die Umsetzung benötigen die Beratungsstellen zusätzliche Mittel für Sachmittel und Weiterbildung.
- **Verwaltungskraft erhöhen:** Der Schlüssel für die Verwaltungskraft muss der heutigen Aufgabenvielfalt angepasst und erhöht werden.
- **Sprachbarrieren überwinden:** Schwangeren(konflikt)beratung steht allen Schwangeren offen. Mehrsprachige Angebote und Dolmetscherdienste müssen deshalb finanziert werden.
- **Bürokratische Hürden senken:** Eine Vereinfachung von Anträgen durch Online-Formulare wie der Stiftung Hilfen für die Familie ist sinnvoll.

### **Ansprechpartner:innen**

**Astrid Lück**, Referentin Familie, Frauen, Mädchen  
Tel. 030 86 001-230 | E-Mail [lueck@paritaet-berlin.de](mailto:lueck@paritaet-berlin.de)

**Dorothee Mönnich**, Referat Beratung und Förderung von Familien, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.  
Tel. 030 82097-194 | E-Mail [moennich.d@dwbo.de](mailto:moennich.d@dwbo.de)

**Jens-Uwe Scharf**, Leitung Gesundheits-, Sozial- und Fachpolitik, Referat Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, Caritasverband für das Erzbistum Berlin e.V.  
Tel. 30 66633-1054 | E-Mail [j.scharf@caritas-berlin.de](mailto:j.scharf@caritas-berlin.de)